

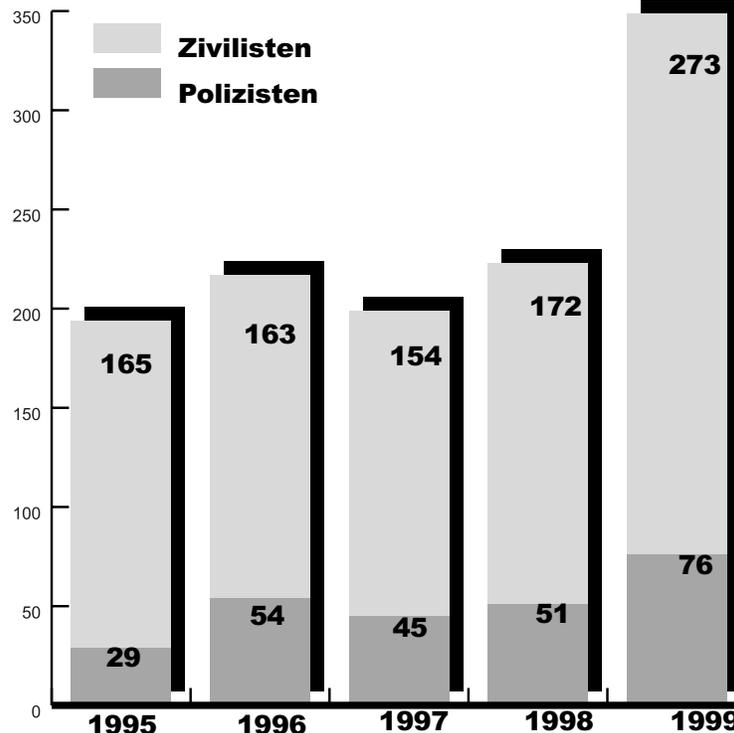
Wilder Westen in Buenos Aires

Zahl der Todesopfer durch Schießereien nahm 1999 gegenüber dem Vorjahr drastisch zu

Die Straßen von Buenos Aires werden immer gefährlicher. Nach einer Untersuchung des Zentrums für Rechts- und Gesellschaftsforschung CELS (Centro de Estudios Legales y Sociales) wurden im vergangenen Jahr insgesamt 273 Zivilpersonen und 76 Angehörige von Polizei, Gendarmerie und anderen Sicherheitskräften bei Schießereien zwischen Verbrechern und Polizei getötet. Dies bedeutet einen Anstieg von knapp 159 Prozent gegenüber dem Jahr 1998, als insgesamt 172 Menschen bei solchen Schusswechseln starben, darunter 51 Polizisten. Demnach kam 1999 bei Schießereien fast täglich ein Mensch ums Leben, pro Woche musste ein Polizist in Buenos Aires sein Leben lassen.

Auch ergab die CELS-Studie, dass die Opfer zunehmend jünger werden und die Situation in Groß-Buenos Aires gefährlicher ist als im Zentrum der Hauptstadt. Nur 71 (1998: 59) der 273 zivilen Opfer der

Opfer von Schießereien auf Straßen in Buenos Aires und Groß-Buenos Aires



Schusswechsel zwischen Polizei und Kriminellen entfielen auf den Stadtkern, der mit 202 Toten überwiegende Teil betraf die Außenbezirke, wo die Zahl der Opfer gegenüber 1998 (113) um fast 80 Prozent zunahm. Mit 137 Toten starben bei Schusswechseln der Hauptstadt-Polizisten mehr als doppelt so viele Menschen wie durch Kugeln der Bundespolizei (65).

Weitere Ergebnisse der Untersuchung in Kürze:

- Die meisten Opfer in Groß-Buenos Aires waren 1999 in der Altersgruppe der 13- bis 18-Jährigen zu verzeichnen.

- Während in der Stadt 22 Prozent der Todesopfer Frauen waren, betrug der Anteil in der Provinz 30 Prozent.

- Im Stadtzentrum waren im Februar 1999 mit zehn Zivilisten und einem Polizisten die meisten Opfer zu beklagen, in der Provinz war es der Monat Juli (18 Zivilisten, 14 Polizisten).

Meijide unter Beschuss

Sozialministerin weist Vorwürfe zurück, ihrem privatem Tennistrainer Beraterposition vermittelt zu haben

Sozialministerin Graciela Fernández Meijide hat die Vorwürfe, ihrem privaten Tennistrainer Eduardo Wetzel eine lukrative Beraterposition im Sozialministerium zugeschanzt zu haben, vehement zurückgewiesen. „Die Anschuldigungen sind trivial und niederträchtig“, sagte Meijide am Donnerstag. Nach Angaben der Zeitung „La Prensa“ vom Freitag verdient der 39-Jährige in seiner durch die Verbindung zur Ministerin „erhaschten“ Funktion als Ratgeber monatlich 5.600 Pesos brutto, was einem Nettogehalt von annähernd 4.000 Pesos entspricht.

Wetzel dementierte am Donnerstag eine angebliche Klüngerlei mit der Hobby-Tennisspielerin.



Wie lange lacht sie noch? Sozialministerin Meijide ist in die Kritik geraten.

„Ich bin von Marcelo Garrafo eingestellt worden“, sagte er vor Journalisten. Der Sportsekretär bestätigte Wetzels Äußerungen. Er stehe auch weiterhin zu dieser Entscheidung. „Wetzel ist kein ñoqui“, verteidigte sich Garrafo. „Er arbeitet täglich elf Stunden und koordiniert derzeit sechs Sozialprojekte“, wehrte Garrafo alle Angriffe ab.

Meijide und Wetzel trafen sich erstmals 1987 auf dem Tennisplatz, seitdem arbeitet der ausgebildete Sportlehrer als Tennistrainer für die Politikerin.

Unabhängig vom Wirbel um die Position Wetzels sieht

sich Meijide derzeit weiteren Anschuldigungen ausgesetzt. Bereits seit zwei Wochen ist die Frepaso-Politikerin im Fall der PAMI-Intervention unter Beschuss.

Nach Presseberichten gehört die mit dem Rentnersozialwerk im Vertragsverhältnis stehende Rehabilitationsklinik „Florida“ der Schwester der Politikerin. Der zuständige PAMI-Interventor Angel Tonietto soll im Zuge der Umstrukturierung der PAMI diese Klinik für eine höhere, lukrative Vertragskategorie vorgeschlagen haben. Nach Meinung der Kritiker nicht ohne Selbstzweck: Der Interventor profitiere als Ehemann von „Florida“-Chefin Juana Castagnola direkt von der Entscheidung.

Friedensangebot an CGT

Auftritt de la Rúas beim Treffen Kardinal Primatesta mit CGT

In einer eindrucksvollen Kursänderung richtete Präsident Fernando de la Rúa am Dienstag überraschend ein Friedensangebot an die Adresse der CGT. Unerwartet erschien de la Rúa auf einem Treffen, zu dem Kardinal Primatesta eingeladen hatte und an dem die Führer der peronistischen Gewerkschaften und Vertreter der Unternehmer teilnahmen.

In versöhnlichem Ton rief der Präsident zum Dialog zwischen den verschiedenen Sektoren auf, um der sozialen Situation Herr zu werden. Das Interesse am Land müsse vor Einzelinteressen gestellt werden, forderte er. Die umstrittene Arbeitsreform wurde nicht erwähnt, und schließlich lobten alle Teilnehmer an dem Treffen übereinstimmend die Bemühungen der Bischöfe, die Zusammenarbeit aller Sektoren in sozialen Themen zu fördern.

Das Erscheinen de la Rúas wenige Tage vor der Vorlage der Arbeitsreform im Senat wird als Geste der Annäherung von Regierung und Gewerkschaften gewertet. Seine Worte machten Eindruck, und am Ende der Sitzung erklärte CGT-Generalsekretär Rodolfo Daer, es sei notwendig, einen Konsens zu erreichen und erreichte Kompromisse in Staatspolitik umzuwandeln. Er fügte hinzu: „Mit Menem geschah dies nicht.“

Allerdings war nicht alles eitel Sonnenschein. Sowohl Daer als

auch der Chef der Dissidenten-CGT, Hugo Moyano, gingen auf Distanz zur Regierung, ohne ihre Kritik jedoch auf Fernando de la Rúa persönlich zu münzen.

Wenn es etwas gab, das als Rückendeckung für de la Rúa aufgefasst werden könnte, so war dies dessen alter Bekannter und Vorsitzender der Sozialkommission der Bischöfe, Kardinal Raúl Primatesta. Denn auch wenn der Auftritt des Präsidenten für die Gewerkschafter überraschend kam - sie erfuhren es erst eine Stunde vorher -, so war er dies nicht für die Bischöfe.

Die sechs an dem Treffen teilnehmenden Bischöfe, Kardinal Primatesta, Arbeitsminister Alberto Flamarique und die anderen Mitglieder hatten lange vorher von dem Auftritt de la Rúas erfahren, der von dem Allianzabgeordneten Jesús Rodríguez eingefädelt worden war.

Die Bemühungen de la Rúas haben noch ein Motiv: Die Internationale Arbeitsorganisation OIT, die vom 30. Mai bis 15. Juni in Genf ihr 88. Jahrestreffen veranstaltet, hat dem argentinischen Präsidenten eine Einladung übermittelt. De la Rúa zögert noch mit einer Zusage, da er mit dem verabschiedeten Arbeitsreform-Gesetz nach Genf fliegen will. Dabei allerdings spielt auch sein Verhältnis zu den Gewerkschaften, sprich den beiden CGTs, eine Rolle.

Kampfansage der Dissidenten

Die von dem Lastwagengewerkschafter Hugo Moyano geführte Dissidenten-CGT hat für den 27. April, den Tag, an dem der Senat das Arbeitsreformprojekt diskutiert, zu einem Marsch zum Kongressgebäude mit anschließender Demonstration aufgerufen. Gleichzeitig soll in Buenos Aires und Groß-Buenos Aires die Arbeit niedergelegt werden. Die gegen die Arbeitsreform gerichtete Kampfmaßnahme, die zweite dieser Art, der sich die Regierung Fernando de la Rúas gegenüber sieht, wurde vom Bundeskomitee der Rebellen am Montag im Gebäude der Baugewerkschaft UOCRA beschlossen.

Das Zentralkomitee bevollmächtigte außerdem den Führungsrat, zu einem landesweiten Streik in Verteidigung der Arbeit, der Einkommen und der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer an einem ihm zweckmäßig erscheinenden Tag aufzurufen. Dazu sprach sich das Gremium gegen die Sparmaßnahmen in den Provinzen, „veranlasst durch den Weltwährungsfonds und die Regierung“ und gegen die „Reduzierung der Arbeitsprogramme und ihre Handhabung in erpresserischer und klüngelbegünstigender Form durch die Regierung in bezug auf Gouverneure und Senatoren“ aus.

Der Aufruf zur ersten Mobilisierung gegen die Arbeitsreform am 24. Februar auf der Plaza de Mayo hatte die Gewerkschaften gespalten. Die „offizielle“ CGT hatte den Protest abgesagt, die Dissidenten gründeten daraufhin ihre Parallel-CGT.

Wirtschaftsoffensive der Regierung

Etwa 280 Wirtschaftsvertreter der größten Unternehmen Argentiniens konnten am Donnerstag bei einem Arbeitsfrühstück mit Präsident Fernando de la Rúa vor allem eine Botschaft mitnehmen. Der Präsident wird sich persönlich für eine Wiederbelebung der Wirtschaft einsetzen und will dabei die privaten Unternehmen eng miteinbeziehen. De la Rúa stellte 47 Einzelmaßnahmen vor, deren primäres Ziel eine Ankurbelung des Exports ist. Dabei geht es im Einzelnen um den Abbau von bürokratischen Handelshindernissen sowie Exportanreize für die kleinen und mittleren Unternehmen (PyMEs). Ein Teil dieser Maßnahmen ist bereits wirksam, der andere kurz davor. Mit dem Maßnahmenkatalog will de la Rúa den Export bis zum Ende seiner Amtszeit um 50 Prozent gesteigert haben. „Wir Argentinier müssen uns gewaltig anstrengen um unsere Exporte und unsere Präsenz auf den Weltmärkten zu vergrößern“, sagte der Präsident. „Dies muss eine gemeinsame Arbeit der Privatwirtschaft und des Staates sein.“

Der Präsident forderte die Wirtschaftsvertreter auf, aktiv mit Anregungen, konkreten Vorschlägen und Kritik an der Wirtschaftsoffensive teilzunehmen. Die Resonanz auf de la Rúas Ansatz war überwiegend positiv. Außer dem Präsidenten vertraten Wirtschaftsminister José Luis Machinea, Außenminister Alberto Rodríguez Giavarini und Kabinettschef Rodolfo Terragno die Regierung.

Container gegen das Übel

Die meisten Parkanlagen in Buenos Aires verfügen bereits über Container für die Einsammlung des Hundekots. In einem Pilotversuch, der im vergangenen Monat begann, wurden bisher 1.250 dieser Behälter von privaten Firmen installiert. Diese sind entsprechend den fünf Stadtbezirken verteilt, welche sich die Müllabfuhrunternehmen aufteilen.

In den nächsten 14 Tagen sollen weitere 350 dieser Behälter in verschiedenen Punkten der Stadt aufgestellt werden, womit der erste Abschnitt dieser Initiative mit insgesamt 1.600 Behältern abgeschlossen sein wird.

Vorgesehen ist in einer zweiten Etappe - und entsprechend den Resultaten - die Aufstellung derartiger Behälter, die mit Plastiktüten in Form von Handschuhen bestückt sind, auf Gehsteigen, vor allem vor Krankenhäusern und Friedhöfen.

Das System wurde mittels einer Ausschreibung eingeführt, nachdem die Stadtregierung in den vergangenen drei Jahren erfolglos versucht hatte, verschiedene Projekte in die Praxis umzusetzen. Die Behörden erwarten jetzt, dass die Hundebesitzer die Straßen sauberer halten werden.



**SERVICIOS
DIGITALES**

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

WOCHENÜBERSICHT

Ernennung

Die Regierung hat den ehemaligen Botschafter in Brasilien, Jorge Herrera Vegas, zum Repräsentanten des Außenministeriums bei der zwischenstaatlichen Yacyretá-Kommission ernannt.

Wahlsplitter I

Die Äusserungen von Elena Cruz zugunsten des Ex-Diktators Jorge Rafael Videla, wonach dieser zu Unrecht unter Hausarrest stehe, sorgen in der Partei Domingo Cavallos weiter für Wirbel. Der Allianzabgeordnete Jesús Rodríguez sagte am Wochenende, der AP-Chef sei über Cruz' Ansichten bereits zu dem Zeitpunkt informiert gewesen, als er der Politikerin einen Listenplatz seiner Partei für die Wahlen zur Stadtlegislative am 7. Mai gegeben habe. „Cavallo hat sehr wohl von den Auffassungen Cruz' gewusst“, konterte Rodríguez die Dementis Cavallos. Das Obergericht von Buenos Aires lehnte es unterdessen einstimmig ab, Cruz von den Wahlen auszuschliessen. Cruz selbst rief derweil die Bürger dazu auf, sie nicht im Rahmen von Cavallos Wahlliste, sondern als „Gesetzgeberin“ für die Stadtlegislative zu wählen. Dort belegt sie den Listenplatz 22.

Wahlsplitter II

Alvaro Alsogaray hat Elena Cruz zu ihrer Verteidigung Videlas gratuliert und deren Verhalten als „mutig und entschlossen“ bezeichnet. Alsogaray empfahl Cruz, inmitten der Kampagne ihrer Überzeugung gegen die Streitkräfte fest zu bleiben. „Die Tatsache des antisubversiven Krieges, den die Streitkräfte führen mussten, ist verdreht worden“, sagte Alsogaray. Videla habe erlaubt, dass das Land wieder auf den Weg der Freiheit und der Demokratie zurückkehren konnte.

Wahlsplitter III

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungs-Institutes Cateberg y Asociados liegt Aníbal Ibarra derzeit 13 Prozentpunkte vor Domingo Cavallo. Demnach nannten 40 Prozent der Hauptstadtbeohner auf die Frage, für wen sie bei der Stadtwahl stimmen werden, Ibarra. Für Cavallo votierten 27 Prozent. Auf Raúl Granillo Ocam-

po, Irma Roy und Antonio Cartañá entfielen jeweils nur zwei Prozent der Stimmen. 17 Prozent der Befragten zeigten sich unentschlossen. Im Fall eines zweiten Wahlganges käme Ibarra der Untersuchung zufolge auf fast 51 Prozent, Cavallo auf 31.

Wahlsplitter IV

Die Stadtregierungskandidatin der Partido Nacionalista Constitucional (PNC, Verfassungskonforme Nationalisten) Silvia Zimmermann hat kritisiert, nicht zum TV-Rededuell zwischen AP-Kandidat Domingo Cavallo und Aníbal Ibarra (Allianz) eingeladen worden zu sein. „Demokratie bedeutet nicht nur Beachtung des Willens der Mehrheit, sondern auch Respekt gegenüber den Minderheiten“, kritisierte Zimmermann.

Londoner Geste

Die britische Regierung hat den neuen Botschafter Argentinien in London im Schnellverfahren anerkannt. Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini bewertete die umgehende Akzeptierung des Karrierediplomaten Vicente Berasategui als „positive Geste“ der Labour-Regierung. Berasategui tritt die Nachfolge des noch von Ex-Präsident Carlos Menem ernannten Rogelio Pfirter an.

„Chacho“ nach London

Carlos „Chacho“ Alvarez wird am Sonntag auf Einladung der britischen Regierung nach London fliegen. Während des viertägigen offiziellen Besuchs des Vizepräsidenten stehen Gespräche mit hochrangigen Regierungsmitgliedern auf dem Programm.

Menchú bei de la Rúa

Die guatemaltekeische Friedensnobelpreisträgerin von 1992, Rigoberta Menchú, ist am Dienstag während ihres Argentinienbesuches zu Gesprächen mit Präsident Fernando de la Rúa sowie Senatoren und Abgeordneten aller Fraktionen zusammengetroffen.

Gewerkschaften I

Die Mitglieder der internen Fraktion der Metallergewerkschaft UOM „José Ignacio Rucci“, legten am Dienstag im Rahmen einer Pressekonferenz die Gründe dar,

warum sie den Veteranen Lorenzo Miguel in der UOM-Führung ablösen wollen. Lorenzo war mit Ausnahme seiner Haftzeit während der letzten Militärdiktatur seit der Ermordung seines Vorgängers Augusto Timoteo Vandor 1969 UOM-Generalsekretär.

Gewerkschaften II

Der Nachfolger des Generalsekretärs des Gewerkschaftsdachverbandes CGT, Rodolfo Daer, soll beim CGT-Kongress am 11. Mai gewählt werden. Daer, der im September aus dem Amt scheidet, wird im Juni dennoch planmässig die CGT beim Jahrestreffen der Internationalen Arbeitsorganisation (IÖT) in Genf vertreten.

Hepatitis A

In der Provinz Tucumán sind in diesem Jahr bereits vier Kinder an Hepatitis-A-Erkrankungen gestorben. Nach Angaben der örtlichen Gesundheitsbehörden sorgten die Überschwemmungen im März auch für ein sprunghaftes Ansteigen der Infektionen. Demnach wurden in der Provinz in den ersten 13 Wochen dieses Jahres 1.106 Erkrankungen gemeldet, 500 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

**IMMOBILIEN ZU VERKAUFEN
SE VENDE**

SAN MARTIN 424, semipiso, 5 despachos, baños, cocina, 100 m² U\$S 100.000, 5327-2729, 4979-3606.

**SE USA CADA
VEZ QUE SE LAVA
SECARROPAS**

KOH-I-NOOR

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE

NUOVO



GUNTER KRAUSS S.A.

¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

Nepotismus

Abgeleitet vom Lateinischen „Nepos“ (Neffe, Verwandter) wird die Bezeichnung Nepotismus im politischen Umfeld als eine Vetternwirtschaft gekennzeichnet, weil Verwandte ernannt werden, die keine Eignung für den Arbeitsplatz haben. Diese Kritik wurde in der Vorwoche an Graciela Fernández Meijide, Ministerin für soziale Entwicklung, geübt, weil sie ihren Schwager Angel Tonietto zum Interventor der Krankenkasse der Rentner, bekannt als PAMI, zusammen mit Cecilia Felgueras und Horacio Rodríguez Larreta (Jr) ernannt hat.

Der Nepotismus kam auf Grund eines Artikels in der politischen Zeitschrift „Veintidos“ von Jorge Lanata, vormals Gründer und Chefredakteur der linkslastigen Zeitung „Página/12“ und neuerdings Leiter einer Talk Show im Fernsehen, zum Vorschein. Irgend jemand aus der PAMI-Verwaltung hatte einem Redakteur der Zeitschrift die Information zugespielt, dass es bei der Qualifizierung der beiden Al-tersasyle Florida I und Florida II nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Diese Unternehmen gehören Juana Castagnola, einzige Schwester der Ministerin Rosa Graciela Castagnola de Fernández Meijide. Diese Ärztin ist mit Tonietto verheiratet, der ebenfalls Arzt ist und sich als Verwalter des Staatshospitals Belgrano in San Martín, unweit der Bundeshauptstadt, einen Namen gemacht hatte. Er wurde für seine Verwaltung mehrmals mit Preisen ausgezeichnet. Die Ministerin hatte ihn im Auge für das Amt des Gesundheitsministers in der Provinzregierung, hätte sie die Wahlen für das Gouverneursamt gegen Carlos Ruckauf gewonnen. Statt dessen landete Tonietto im PAMI, was ihm zum Verhängnis wurde.

Der Fall ist sicherlich eine Kleinigkeit, kaum eines Kommentars wert, wäre die Allianz nicht so bedacht auf Transparenz und Anstand in öffentlichen Ämtern gewesen, als sie die Wahlen im Vorjahr gewann. In der Sache ging es um Folgendes: Frau Juana Castagnola hatte vor der Amtseinstellung ihrer Schwester und ihres Gatten beim PAMI beantragt, dass ihre Altersasyle von der Kategorie B auf A besser qualifiziert würden, nachdem sie hierfür gewisse Investitionen geleistet hatte. Die bessere Qualifizierung hätte dem Unternehmen Mehreinnahmen von nahezu \$ 5.000 im Monat eingebracht, sicherlich eine Kleinigkeit. Die Revision der PAMI-Inspektoren fiel jedoch negativ aus. Trotzdem gab ein Mitarbeiter Toniettos die Anordnung, die Qualifizierung zuzugestehen, anstatt zuerst die Investitionen zur notwendigen Korrektur abzuwarten. Zwei zuständige Beamte des PAMI weigerten sich, gegen die Vorschriften zu verstossen. Die Zeitschrift „Veintidos“ enthüllte diese verwaltungsmässige Unregelmässigkeit, um die sich niemand gekümmert hätte, wäre nicht Fernández Meijide durch ihre Schwester und ihren Schwager darin involviert worden.

Als der Skandal geplatzt war, der wie üblich in den Medien breitgetreten wurde, musste Tonietto den Hut nehmen. Präsident de la Rúa soll ihn zur Demission aufgefordert haben, womit er sein Wahlversprechen hielt, dass jegliche Unregelmässigkeit während seiner Regierung umgehend bestraft werden würde. Die Sache gelangte zum neuen Antikorruptionsamt unter José Massoni. Tonietto selber bemühte Bundesrichter Gabriel Cavallo, der feststellen soll, ob tatsächlich ein Interessenkonflikt vorliegt.

Für die Ministerin Fernández Meijide ist die Affäre nicht nur persönlich, sondern zumal politisch besonders peinlich. Ihre Mitarbeiter Felgueras und Rodríguez Larreta im PAMI zeigten Verwunderung, weil Tonietto sie nicht über die Tatsache orientiert hatte, dass seine Gattin seit 1988 Lieferantin des PAMI ist und die Requalifizierung ihres Unternehmens zwecks höherer Einnahmen beantragt hatte. Diese Unterlassung stimmt sicherlich bedenklich. Tonietto war schon vor einigen Wochen ins öffentliche Rampenlicht geraten, weil ihm unterstellt wurde, dass er dem Politmacher Menems und Gewerkschafter der Kellner, Luis Barrionuevo, eine indiskrete Information über eine Ausschreibung hatte zukommen lassen, die angeblich einem mit Barrionuevo liierten Lieferanten des PAMI gegenüber der Konkurrenz einen Vorteil eingebracht habe. Barrionuevo und Enrique „Coti“ Nosiiglia, Politmacher Alfonsíns, hatten im November 1993 den sogenannten Pakt von Olivos eingefädelt, der die Wiederwahl Menems mit der Verfassungsnovelle ermöglichte.

Bemerkenswerterweise wurde Fernández Meijide ausgerechnet von justizialistischen Politikern wie Gouverneur Ruckauf, ihr damaliger Wahlgegner, und einigen Senatoren verteidigt, die sich weigerten, sie vor den Senat zur Auskunft vorzuladen, wie es Domingo Cavallo empfohlen hatte. Diesem kam das Skandalchen sicherlich im Wahlkampf gegen Aníbal Ibarra zugute, der wie Fernández Meijide, Vizepräsident Alvarez sowie Tonietto zum FREPASO gehört und von Cavallo als Feindbild aufgebaut wird. Präsident de la Rúa sprach seiner Mitarbeiterin Fernández Meijide nach einigen Tagen ebenfalls sein volles Vertrauen aus. Skandale begleiten Wahlkämpfe wie der Schatten den Körper.

Randglossen

Fussball bewegt bekanntlich Emotionen und setzt viel Geld um. Das konnte man unlängst feststellen, als die Fernsehübertragung des ersten Spiels der Nationalmannschaft gegen Chile zwecks Qualifizierung für die Weltmeisterschaft von 2002 zeitgleich nur vom Kabelfernsehen für Zuschauer übertragen wurde, die bereit waren, fünf Pesos zu zahlen. Alle anderen Fussballfans mussten eine halbe Stunde warten, ehe sie durch eine Gratisübertragung in einem offenen Kanal beglückt wurden. Diese halbe Stunde hat die Deputiertenkammer dazu bewegt, einen Gesetzesentwurf zu verabschieden, damit die Spiele gebührenfrei und zeitgleich im Fernsehen übertragen werden. Ein Rattenschwanz an millionenschweren Schadensansprüchen wären die unausweichliche Folge dieses demagogischen Vertragsbruches, ebenso die Tatsache, dass dann die Spiele in anderen Ländern nicht im Fernsehen Argentinien gesendet werden. Dem Senat steht es zu, diesen Widersinn schweigend zuzubiegen, indem er den Entwurf der Deputiertenkammer nicht behandelt, damit er im Eimer der gestorbenen Gesetzesentwürfe landet, wo er hingehört.

Als vor einigen Jahren die argentinische Nationalmannschaft die panamerikanischen Spiele austrug, hatte ein Kabelfernsehen exklusive Übertragungsrechte ausbedungen, so dass die Fussballfans, die keinen Zugang zum Kabelfernsehen hatten, leer ausgehen mussten. Die Menem-Regierung korrigierte das Sendungsprivileg, das mit einem Inkasso je Anschluss einherging, und schrieb vor, dass ein öffentlicher Kanal auch zeitgleich senden würde. Damals ging es um das Privileg, gegen Zahlung einer Gebühr die Spiele im Fernsehen verfolgen zu dürfen, wogegen jetzt nur eine halbe Stunde gewartet werden muss, während der man im Rundfunk erfahren kann, wie das Spiel läuft, sofern man sich die Neugier nicht verkneift und die halbe Stunde wartet, als ob das Spiel später beginnt. Fussball muss früher oder später auf jeden Fall gesehen werden.

Höhere Ausfuhren und niedrigeres Defizit

M. Bein, Staatssekretär für Wirtschaftsplanung, erklärte der Presse, dass die Ausfuhren im Februar um 14% über jenen des gleichen Vorjahresmonates lagen, die Einfuhren um 3% darüber, womit der im Januar begonnene Trend weitergehe. Die argentinischen Ausfuhren in den Mercosur legten in den ersten beiden Monaten um 13% zu. Nach Verarbeitung der Angaben aus Brasilien, beträgt die Zunahme für das 1. Quartal 2000 15%.

In den ersten 2 Jahresmonaten konnte für US\$ 3,5 Mrd. exportiert werden, durch um rd. 10% grössere Mengen und um 5% bessere Preise als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Einfuhren erreichten im Vergleichszeitraum US\$ 3,72 Mrd., um 1% weniger als im Vorjahr.

Dadurch ergab sich ein Aussenhandelsdefizit von US\$ 224 Mio., das niedrigste für zwei Monate in Folge in den letzten sieben Jahren und rd. ein Drittel des Defizits im gleichen Vorjahreszeitraum. Der Staatssekretär betonte, dass die ausgeführten Mengen zunehmen, der Handel mit Brasilien sich normalisiere, die Exportpreise anziehen und die Ausfuhren nach ausserhalb des Mercosur steigen.

Der Warenaustausch-Überschuss mit Brasilien habe im Februar weiter zugenommen und in den ersten zwei Monaten US\$ 145 Mio. erreicht, um US\$ 43 Mio. mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum und das, obwohl sich die Kfz-Lieferungen noch nicht erholt haben.

Angesichts der Ergebnisse der ersten beiden Monate erwartet der Staatssekretär, dass das für ganz 2000 vorgesehene Kontokorrentdefizit von 4,5% des BIP bei 4% bis 4,1% liegen wird. Der Gesamtwert der Ausfuhren würde im Jahr um mindestens 15% zunehmen, jener der Einfuhren um 10%.

Im Berichtszeitraum hätten die Ausfuhren von Rohstoffen 5% zugelegt, Industrieerzeugnisse 12% und Kraftstoffe 87%, während verarbeitete Landwirtschaftsprodukte um 2% zurückgingen. Bei den Einfuhren gingen Kapitalgüter um 16% zurück, Kfz 38% und die restlichen Bereiche 25%. Halbfabrikate legten 6% zu, Kraftstoffe und Schmiermittel 33%, Zulieferteile und Zubehör 8% und Konsumgüter 5%.

In dem Berichtszeitraum der ersten 2 Monate 2000 wurde für \$ 1,11 Mrd. (+13%) in den Mercosur geliefert und für \$ 968 Mio. (+10%) aus diesem Raum eingeführt, was einen Überschuss von \$ 145 Mio., im Vorjahr \$ 102 Mio., ergeben hat. Nach Chile wurde für \$ 355 Mio. (+71%) geliefert und von dort für \$ 88 Mio. (-2%) bezogen. An die restlichen Staaten des Aladi (Asociación Latinoamericana de Integración) wurde für \$ 163 Mio. (-7%) verkauft und von ihnen für \$ 39 Mio. (-33%) gekauft, was einen Positivsaldo von \$ 124 Mio. gegen \$ 118 Mio. im Vorjahreszeitraum ergab. Die Ausfuhren an die Nafta-Staaten erreichten \$ 508 Mio. (+29%) die Einfuhren aus ihnen \$ 883 Mio. (+4%) und das Defizit \$ 375 Mio. (-18%). Die EU kaufte in Argentinien für \$ 659 Mio. (-1%) und lieferte für \$ 944 Mio. (-14%). Das entsprechende Defizit betrug \$ 285 Mio. gegen \$ 439 Mio. vor einem Jahr. Nach Südostasien wurden für \$ 229 Mio. (+42%) geliefert und für \$ 474 Mio. (-2%) von dort bezogen. Das Defizit betrug \$ 245 Mio. (Vj. \$ 322 Mio.). Der Mittlere Osten erhielt Waren für \$ 112 Mio. (+58%) und lieferte für \$ 31 Mio. (+63%). Der Überschuss betrug \$ 81 Mio.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die Haushaltsmisere

Die schwachen Einnahmen des Schatzamtes im ersten Quartal, die gesamthaft unter denen des ersten Quartals 1999 lagen, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Wirtschaftsführung muss nun handeln, indem sie die Ausgaben im zweiten Quartal unter die im Haushalt eingeplanten Zahlen senkt. Planungssekretär Miguel Bein hatte schon vor Monatsfrist (BAE 27. März) angekündigt, dass die Ausgaben senkung, die zur Jahreswende verfügt worden war, im zweiten Quartal 2000 greifen würde.

Im ersten Quartal mussten Ausgaben, insbesondere Gehälter, bezahlt werden, die auf das Vorjahr entfielen und aufgeschoben worden waren. Ausserdem nahmen die Zuwendungen an die Provinzen zur Einhaltung des Versprechens im Fiskalpakt zu, als die Nationalregierung sich verpflichtete, den Gliedstaaten monatlich \$ 1,3 Mrd. zu garantieren. Angeblich betragen die Ausgabenkürzungen auf Jahresbasis etwa \$ 900 Mio. Das entspricht dem grössten Teil der geplanten Ausgabenverringern von \$ 1,4 Mrd. für das Haushaltsjahr 2000, so dass mit weiteren Abstrichen gerechnet werden muss. Beamtenentlassungen mit grosszügigen Entschädigungen werden ab April in die Wege geleitet. Sie werden umschrieben als freiwillige Demissionen.

Indessen rechnete die Wirtschaftsführung zur Einhaltung des Jahreshaushalts sowie der Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds mit höheren Steuereinnahmen, die bislang ausgeblieben sind. Trotzdem gelang es der Regierung, ihren Fehlbetrag unter der Obergrenze von \$ 1,25 Mrd. für das erste Quartal 2000 zu halten. Endgültige Zahlen stehen noch aus, da Sonderstellen der Staatsverwaltung langsamer mit ihren Abrechnungen als das Schatzamt sind.

Für das zweite Quartal darf das akkumulierte Defizit \$ 2,69 Mrd. nicht übersteigen, so dass in den jetzigen drei Monaten nur rote Zahlen bis etwa \$ 600 Mio. geschrieben werden dürfen, davon \$ 540 Mio. im Quartal und eine vorerst unbekannte Überschusszahl des ersten Quartals. Im Klartext nackter Zahlen heisst dies, dass das durchschnittliche Monatsdefizit von knapp über \$ 700 Mio. im ersten auf rund \$ 200 Mio. im zweiten Quartal fallen muss, damit die Auflagen des Verständigungsmemorandums mit dem IWF eingehalten werden.

Im dritten Quartal sind rote Zahlen von \$ 745 Mio. mit akkumuliertem Defizit von \$ 3.435 Mio. und im letzten Quartal \$ 1.265 Mio. bzw. \$ 4,7 Mrd. Gesamtdefizit für 2000 vorgesehen. Daraus ersieht man, dass das zweite Quartal defizitmässig das weitaus schwierigste für die Wirtschaftsführung ist, da der durchschnittliche monatliche Fehlbetrag um ganze \$ 500 Mio. gegenüber dem ersten Quartal abnehmen muss. Zudem bleiben die Steuereinnahmen auch im April nach ersten Schätzungen hinter den Erwartungen zurück. Einziger Lichtblick in dieser düsteren Haushaltsmisere ist die Tatsache, dass das halbe dreizehnte Monatsgehalt für Gehälter von Beamten und Renten der Pensionäre nicht vorschrittsmässig im Juni, sondern gewohnheitsgemäss im Juli, lies im dritten Quartal, ausbezahlt werden wird.

Wirtschaftsminister José Luis Machinea hatte schon in New Orleans zur BID-Konferenz vor zwei Wochen angekündigt, dass im Fall unzureichender Steuereinnahmen die Ausgaben gekürzt werden würden. Neue Steuern sofortiger Eintreibungen bleiben somit ausgeschlossen.

Nun hat Schatzsekretär Mario Vicens dieser Tage bestätigt, dass die Ausgaben im zweiten Quartal fallen müssen. Offenbar schweben ihm Ausgabenkürzungen von rund \$ 500 Mio. vor. Das soll auf dem Umweg der gekürzten Zuweisungen an alle Staatsstellen erfolgen, ohne die Haushaltszahlen formell zu tangieren, genannt „Unterausführung“ (Spanisch „subejecución“) des Budgets. Die Minister und Staatssekretäre wurden hierüber in der letzten Kabinettsitzung orientiert. Sogleich liessen Sprecher einzelner Ressorts in den Medien wissen, dass sie nicht mitmachen könnten, womit sie ihre Absicht unterstellten, dass andere Ämter die Last tragen sollten, die Ausgabenkürzungen hinzunehmen.

Im zweiten Quartal sind die Mehrausgaben, die im Haushalt 1999 nicht ausbezahlt worden waren, nicht mehr enthalten, wogegen die oben erwähnten Ausgaben senkungen voll wirksam werden. Letztere beziehen sich auf Personalabbau (in der SIDE allein rund tausend Spitzel und die Hälfte im Intelligenzbüro des Heeres), gekündigtes Vertragspersonal, Abschaffungen von Staats- und Unterstaatssekretariaten, Ein-

stellungen von Staatsbauten, geringere Anschaffungen und Subventionskürzungen. Die Kammer der Bauindustrie hat bereits in der Berichtswoche laut Klage geführt, weil staatliche Stellen auf Aufträge verzichten und keine neuen Bauten in Angriff nehmen, ein deutliches Zeichen dafür, dass die Regierung es mit der Ausgaben senkung ernst nimmt.

An Subventionen wurden die Zuschüsse für Arbeitslose an Provinzregierungen und einige Gemeinden fühlbar verringert. Allerdings hatte die Menem-Regierung diese Zuschüsse, Spanisch genannt „Plan Trabajar“, zumal zugunsten arbeitsloser Familienoberhäupter, im Haushaltsentwurf für 2000 völlig eingestellt, doch die neue Regierung hat sie zur Hälfte wieder hergestellt, so dass \$ 170 Mio. bereit stehen. Dieser Betrag soll rund 90.000 Arbeitslosen helfen, mit \$ 180 anstatt \$ 200 im Monat über die Runden zu kommen, darunter etwa 30.000 Familienoberhäupter.

Die Verteilung dieser Hilfgelder zur Milderung sozialer Härten hat bereits politischen Wirbel verursacht, weil von justizialistischen Politikern regierten Provinzen und Gemeinden jetzt 44% anstatt vorher 52% erhalten, Allianz-Politiker 18% gegen 11%, Provinzpolitiker 2% gegen 6%. Die Provinz Corrientes soll mit 8% beglückt werden. Etwa 30% dieser Zuschüsse werden von nicht offiziellen Organisationen verwaltet, darunter mehrheitlich der katholischen Kirche.

Gouverneur Carlos „Lole“ Reutemann von Santa Fe, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, besuchte Präsident de la Rúa vor einigen Tagen und erhielt eine höhere Zuwendung als vorher geplant war. Diese privilegierte Freizügigkeit bewirkt sogleich, dass alle anderen Gouverneure und Bürgermeister auch mehr Geld erhalten wollen. Aber die Kasse ist eng. Was einem zugeschant wird, muss anderen abgenommen werden.

Die deutlichen Bemühungen der Wirtschaftsführung, die Staatskasse innerhalb sehr engen Grenzen zu verwalten, wird ihr vom IWF honoriert, dessen Sprecher auf diese Bemühungen lobend hinweisen. Auch massgebende Finanzsprecher wie dieser Tage Stanford Weill, Citigroup-Chef in New York, rühmen Argentinien, dessen Schatzamt sogar die Benotung „investment grade“ für Staatsbonds in etwa zwei Jahren in Aussicht gestellt wird. Hierfür müssen die Staatsfinanzen bis 2002 zumindest auf Kassenbasis ausgeglichen werden, wie es Präsident de la Rúa als Fiskalziel aufgestellt hat. „Investment grade“ bringt niedrigere Zinssätze mit sich und im Gefolge mehr Investitionen und geringere Arbeitslosigkeit. Vorerst bemüht sich die Wirtschaftsführung darum, die Haushaltsmisere zu verwalten, die laufend durch Ansprüche auf höhere Ausgaben und geringere Steuern gefährdet wird. Das zweite Quartal 2000 verheisst verstärkte Kämpfe in der Gesellschaft, wenn um Staatsgelder gerungen wird.

Der Lastwagenkonflikt

In der Vorwoche organisierten die Lastwagenunternehmer einen „Lockout“, der als Streik getarnt wurde, obwohl hier keine Arbeiter und keine Gewerkschaft die Entscheidung getroffen hat, sondern die Unternehmen. Diese organisierte Aufhebung der Tätigkeit, die grossen Schaden angerichtet hat, ist verboten, so dass die Regierung mit vollem Recht gegen diese Unternehmer vorgehen kann, direkt mit der Gendarmerie, wenn Strassen blockiert werden, aber auch vor Gericht. Das hat sie jedoch nicht getan, aber bekanntgegeben, dass sie bei Andauern der Massnahme in diesem Sinn vorgehen würde. Gewiss zählt diese Gewaltmassnahme auch mit der Unterstützung des Gewerkschaft-

ters der Lastwagenchauffeure, Hugo Moyano, der die abtrünnige CGT leitet, die frontal gegen die Regierung und das von ihr befürwortete neue Arbeitsgesetz eingestellt ist.

Die Regierung hat Gespräche mit den Branchenvertretern aufgenommen, um eine Lösung zu finden. Dabei wurde eine neue Senkung der Tarife für die konzessionierten Überlandstrassen versprochen, wobei nicht klar ist, wer hier die Zeche zahlt, ob die Unternehmer oder die Regierung. Ferner soll den kleinen Lastwagenunternehmern Zugang zum Dieseltreibstoff zu gleichen Bedingungen gewährt werden, wie sie die grossen Unternehmen der Branche geniessen, die einen erheblichen

Mengenrabatt erhalten. Auch dieser Fall ist nicht klar; denn der Vertrieb hat seine Kosten, die eben bei denjenigen entfallen, die an bestimmten Stellen direkt grosse Mengen beziehen und den Kraftstoff dann speichern.

Repsol-YPF hat sich angeblich bereit erklärt, auch den kleinen Lastwagenunternehmern den Dieseltreibstoff zum Preis zu liefern, der sonst nur für die grossen gilt, die eine besondere Karte erhalten, die den verbilligten Kauf bei 200 Tankstellen gestattet.

Schliesslich war davon die Rede, dass die Dieselloststeuer von 12 Centavos auf die Gewinnsteuer und die Steuer auf den vermuteten Mindestgewinn angerechnet werden kann, ähnlich wie es bei der Landwirtschaft schon der Fall ist. Das würde jedoch das Problem nicht lösen, sondern sogar verschärfen, da dabei die grossen Unternehmen eine Verbilligung des Treibstoffes erhalten, während die kleinen, die ein oder zwei Lastwagen haben, normalerweise keine Gewinnsteuer zahlen (weil sie Verluste erleiden oder unter dem steuerfreien Minimum liegen, oder einfach weil sie die Steuer hinterziehen), wobei der Wert ihrer Lastwagen auch unter die Mindestgrenze der Steuer auf den vermuteten Mindestgewinn fällt.

Das Problem hat im Grunde keine Lösung, da es sich um ein Strukturproblem handelt. Halten wir folgende Punkte fest:

a. Seit die Eisenbahnlinien, die Fracht befördern, an Privatunternehmen in Konzession übergeben worden sind, hat sich der Dienst sehr verbessert, wobei diese Unternehmen auch mit ihren Tarifen konkurrieren. Da die Eisenbahn hohe fixe Kosten hat, ist sie bei freier Beförderungskapazität stets bereit, auf einen niedrigeren Tarif einzugehen. Die Eisenbahn benötigt pro Tonnenkilometer weniger Treibstoff als der Lastwagen, so dass bei Preisen, die seit einem Jahr stark gestiegen sind, der Konkurrenzvorteil zunimmt.

b. Zudem hat sich vor einigen Jahren eine amerikanische Firma mit einer grossen Barkassenflotte am Paraná niedergelassen, die Warentransport zu niedrigeren Tarifen bietet. In diesem Fall ist der Treibstoffverbrauch pro Tonnenkilometer noch niedriger.

c. Als Folge des Mercosur-Abkommens kommen brasilianische Lastwagen mit Ware nach Argentinien und laden dann argentinische Ware, die sie nach Brasilien befördern. In Brasilien sind die Lastwagen und die Reifen billiger

und die Löhne wesentlich geringer. Die Lastwagenunternehmer fordern, dass argentinische Produkte bis zur Grenze auf lokal registrierten Lastwagen befördert werden; das widerspricht dem Merosur-Abkommen und würde ausserdem die Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Produkte verringern.

d. Die grossen Lastwagenunternehmen haben sich weitgehend mit neuen, grösseren und sparsameren Lastwagen ausgestattet, so dass sie auch geringere Kosten pro Tonnenkilometer aufweisen als die kleinen, die meistens mit alten Lastwagen fahren.

e. Seit die Hauptstrassen in Konzession vergeben worden sind, wird die Achslast der Lastwagen kontrolliert, ebenso die Einhaltung des vorgeschriebenen Verhältnisses von Gewicht und Motorleistung. Das bedeutet, dass die kleinen Lastwagen weniger Fracht laden können, was höhere Einheitskosten bedeutet.

f. Zu all dem gesellt sich noch die starke Zunahme der Strassengelder bei den konzessionierten Überlandstrassen. Ab 1991 sind sie um über 30% gestiegen, wegen der Indexierungsklausel, die eine jährliche Zunahme gemäss Libor-Zinssatz minus 20% vorsieht. Das ist Unfug und widerspricht ausserdem dem Konversionsgesetz, das Indexierungen verbietet, wurde jedoch bisher weder von der Menem-Regierung noch von dieser beanstandet. Wären die Tarife im Verhältnis zur Verkehrsdichte festgesetzt worden, wie es technisch sein muss, so würden sie gegenwärtig etwa halb so hoch liegen.

Die Intensität der Konkurrenz wird bestimmt in den kommenden Jahren noch zunehmen, so dass wohl viele Kleinunternehmer der Branche aufgeben werden, einfach weil sie kostenmässig nicht konkurrieren können. Da gegenwärtig etwa drei Viertel der ganzen Fracht per Lastwagen befördert wird (bezogen auf Tonnenkilometer sind es weniger, weil bei grossen Entfernungen der Vorteil der Eisenbahn und der Flußschifffahrt viel grösser ist) und es etwa 250.000 Lastwagen gibt, von denen der grösste Teil auf Unternehmen mit einem oder zwei Lastwagen entfällt, die also ständig unter Konkurrenzdruck stehen, kann man vorwegnehmen, dass es zu periodischen Konflikten kommt, die jedoch für den Lastwagentransport verheerend sind, da dann mehr Fracht auf die Eisenbahn und die Flußschifffahrt übergeht.

Die privaten Rentenfonds

Nach knapp 5 Jahren seit Beginn des privaten Rentensystems, das im Gegensatz zum staatlichen Verteilungssystem auf der Grundlage der Kapitalisierung aufgebaut ist, hat sich ein Kapitalfonds von \$ 18,2 Mrd. gebildet, was im Verhältnis der gesamten Bankdepósitos (in Pesos und Dollar) von etwa \$ 81 Mrd. ein stattlicher Betrag ist. Von diesen Fonds, die den einzelnen beitragenden Mitgliedern des Systems gehören, wurde 52% in öffentlichen Titeln angelegt, 22% in Aktien und 14% in Fristdepósitos. Diese Fonds erreichten im Jahr 1999 eine Rentabilität von durchschnittlich 23,4% und seit Beginn des Systems von jährlich 13,5%. Hier wird jedoch die reine Rentabilität, bestehend aus Zinsen und Dividenden, mit den Kurszunahmen der Papiere zusammengezählt, was eine gewisse Verwirrung bei der Beurteilung auslöst. Beide Konzepte sollten getrennt gebucht und bekanntgegeben werden.

Das System zählt insgesamt mit 7,9 Mio. Mitgliedern, aber nur 3,5 Mio. Beitragenden, wobei schon 61.400 Rentner ihre Bezüge von den privaten Kassen erhalten. Hier handelt es sich bei 63% um Pensionen wegen Todesfällen und in vielen anderen Fällen um Invalidenrenten, die den Rentenverwaltungsunternehmen (AFJP) zur Last fallen. Diese erhalten eine Bruttoprovision von 3,5% der Löhne oder Gehälter, die zum Teil für diesen Zweck verwendet wird. Da die AFJP diese Invalidenrenten aus eigener Tasche bezahlen, sind sie bei deren Gewährung vorsichtiger. Beim staatlichen System war der Anteil dieser Renten an den insgesamt gezahlten Renten anormal hoch, eben weil es keine angemessene Kontrolle gab.

Dass von den eingetragenen Mitgliedern nur 44% ihren Beitrag effektiv zahlen, mutet als sonderbar an. Beim staatlichen System ist dies verständlich, da dies die zukünftige Renten nicht beeinflusst. Aber hier ist es anders: die Pension wird mathematisch gemäss eingezahlten Beträgen, der Zeit, die zwischen jeder Zahlung und dem Pensionsdatum verstreicht und dem Ruhestandsalter berechnet, so dass derjenige, der weniger einzahlt, nachher auch entsprechend weniger erhält. Den Hinterziehern würde es wohl konvenieren haben, beim staatlichen System zu bleiben. Indessen

hängt diese Nicht-Zahlung meistens nicht von ihnen, sondern von ihren Arbeitgebern ab, die sie nicht anzeigen können, weil ihnen dann eine Entlassung droht. Die Gewerkschaften kümmern sich offensichtlich überhaupt nicht um diesen Fall. Die AFJP erleiden durch diese Hinterziehung einen direkten Schaden, da sie weniger an Provision einnehmen. Somit ist es für sie kaum möglich, letztere zu senken, wie es die Regierung ständig fordert. Aber das Geschäft ist unter diesen Bedingungen mässig, so dass in fünf Jahren schon 14 AFJP von 25 aufgegeben haben und von grösseren übernommen worden sind. Was hier unverständlich erscheint, ist, dass das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP), das für das Inkasso dieser Beträge verantwortlich ist und sie an die AFJP abführt, mit der von diesen gelieferten Information nicht in der Lage ist, gegen die 4,4 Mio. beitragspflichtigen Mitglieder vorzugehen, die nicht zahlen. Dabei würde die AFIP auch die Unternehmerbeiträge kassieren, die in diesen Fällen gewiss auch nicht gezahlt werden. Angeblich soll jetzt den AFJP die legale Möglichkeit gegeben werden, sich um das Inkasso zu kümmern. Allein, die AFIP braucht kein Gesetz, um sie damit zu beauftragen, sofern die Zahlung über sie erfolgt. Es geht hier um einen sehr hohen Betrag, sowohl für die AFJP, wie für die Staatskasse.

Das private Rentensystem ist gegenwärtig eine Belastung für die Staatsfinanzen. Ohne diese Privatisierung, hätte der Staat jene \$ 18 Mrd., und auch die 3,5% an Provisionen eingenommen, so dass das Haushaltsdefizit wesentlich geringer ausgefallen wäre. Aber in etwa 10 Jahren wird der Staat zunehmend entlastet, da dann diejenigen, die sterben, für das staatliche System entfallen, während die neuen Pensionäre dem privaten zur Last fallen. Bedenkt man, dass die Renten den Staat jährlich an die \$ 20 Mrd. kosten, also an die 40% des gesamten Ausgabenbudgets, so wird die Senkung der Staatsausgaben in den kommenden Jahrzehnten die Staatsfinanzen total und positiv verändern. Diese Zukunftsaussicht lässt auch die gegenwärtigen Staatsverschuldung in einem günstigeren Licht erscheinen, da die Möglichkeit besteht, diese Schuld gelegentlich abzubauen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage betragen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 3,1% auf 541,98, der Burcapindex um 3,6% auf 988,89 und der Börsenindex um 0,3% auf 20.652,94.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,8% auf \$ 0,7985.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 10.4. \$ 25,29 Mrd., der Banknoten- und Guthabenumlauf \$ 14,30 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 25,23 Mrd. bzw. 13,79 Mrd., vor einem Monat \$ 25,35 Mrd. bzw. 14,47 Mrd. und vor einem Jahresdrittel \$ 24,28 Mrd. bzw. 14,76 Mrd.

Mittels Dekret 303/2000 (Amtsblatt vom 10.4.00) wurde die interne Steuer auf Whisky auf 20% und auf Cognac, Brandy, Wacholderbranntwein (Ginebra), Pisco, Tequila, Gin, Wodka und Rhum auf 15% festgesetzt. Wenn diese Getränke einen Alkoholgehalt von 10° bis 20° haben, ist für sie nur 12% zu zahlen, ab 30° 15%. Wenn der Endpreis an Letztverbraucher unter \$ 3 pro Einheit liegt, wird die Steuer nicht erhoben.

Die Bank der Provinz Buenos Aires gewährt für den Kauf neuer Wohnungen Hypothekenkredite bis zu 80% des Kaufpreises, für bereits bewohnte bis zu 70%, auf bis zu 20 Jahre zu einem Nenn-Jahreszinssatz von 9,4%.

Das Staatssekretariat für Fernverbindungen hat mit den Telefongesellschaften Telefónica und Telecom vereinbart, dass die beiden für das Jahr 2000 vorgesehenen Indexierungen der Gebühren nicht durchgeführt werden. Im Konzessionsvertrag ist vorgesehen, dass im April und Oktober Anpassungen nach der US-Teuerung, jeweils etwa 1,5% Erhöhung, durchzuführen sind. Auch wird die price cap benannte vertraglich vorgesehene jährliche Tarifsenkung von November auf April vorverlegt. Die erwartete Gebührenverringerung soll bei 6,75% liegen. 1991 betrug sie 2%, im Vorjahr erreichte sie 5,5%. Für die Unternehmen werden durch die Massnahmen um US\$ 337 Mio. geringere Einnahmen vorausgesehen, was 6,75% auf den Jahresumsatz von rd. \$ 5 Mrd. ausmacht.

Die Consultingfirma Prince und Cooke hat ermittelt, dass die Einführung der Websites und anderer Internetverbunden Dienstleistungen hier 3.000 neue Arbeitsplätze geschaffen hat. 75% davon für junge

Menschen und Akademiker. Berücksichtigt wurden ausschliesslich Vollzeitbeschäftigten in im Abhängigkeitsverhältnis.

Kommunikationssekretär Aguilar gab bekannt, dass Unternehmen aus diesem Bereich für den Zeitraum Juni 2000/Juni 2001 Investitionen für US\$ 2,5 Mrd. angekündigt haben. Das entspricht etwa 1% des BIP und betrachte die für den 9.11.00 vorgesehenen Deregulierungen und die Öffnung für die Konkurrenz.

Transportsekretär Kogan verhandelt mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) über einen Kredit von US\$ 120 Mio. um an verschiedenen Stellen des Landesinneren über 100 Bahnübergänge zu errichten. Gleichzeitig verhandelt er mit der spanischen Renfe (Red Nacional de Ferrocarriles de España) über verschiedene Investitionen in diesem Bereich, darunter den möglichen Bau einer Hochgeschwindigkeits-Eisenbahn zwischen Buenos Aires und Rosario.

Infrastruktur- und Wohnungsbauminister Gallo erklärte, die Regierung habe bei der Postkonzession die Hände nicht gebunden und könne eine Neuausschreibung bestimmen, wenn der Konzessionär Macri die verpflichtete Gebühr nicht bezahlt. Niemand habe das Unternehmen zu seinem Angebot bei der Ausschreibung gezwungen.

Das Schatzamtdefizit betrug im März \$ 737,4 Mio. (um \$ 1,2 Mio. mehr als im Vormonatsmärz), im 1. Quartal \$ 2,17 Mrd. Obwohl noch die Ergebnisse der Staatsbetriebe, der dezentralisierten Körperschaften und der Sozialwerke dazugerechnet werden müssen, fehlen auch noch die Überschüsse der ZB, die im Vorjahr \$ 93 Mio. betragen und für dieses Jahr in ähnlicher Höhe erwartet werden. Damit soll die IWF-Auflage von \$ 2,15 Mrd. Defizit für das 1. Quartal mit einem Überschuss von \$ 118,5 Mio. erfüllt werden. Die laufenden Einnahmen erreichten \$ 1,84 Mrd. (plus \$ 360,9 Mio. im Vorjahresvergleich), die laufenden Ausgaben \$ 2,47 Mrd., (+ \$ 405,2 Mio.). Davon beanspruchte die Bedienung der Schuld \$ 1,11 Mrd., um \$ 48,1 Mio. mehr als im Vormonatsmärz.

Argentinien hat mittels Dekret die Einfuhrschranken gegen brasilianische Textilien aufgehoben, ohne die Entscheidung des Mercosur-Schiedsgerichtes abzuwarten. Argentinien erwartet, dass Brasilien im Gegenzug die Beschwerde bei der WHO zurückzieht. Der Industrieverband FITA (Federación de Industrias Textiles Argentinas) erwägt einen Schutzrekurs gegen den Beschluss.

Ein Gericht gab der Eingabe der Hafenverwaltung von Rosario (Enapro) statt und verfügte die Räumung des Hafens durch die ehemalige Konzessionärin, die Philippinische Ictsi. (Siehe AT vom 8.4.). Gouverneur Reutemann gab seiner Besorgnis über mögliche Schadenersatzansprüche an die Provinz Ausdruck. Enapro will den Hafen bis zu einer Neuausschreibung selbst verwalten.

Die gesamten Kredite des Bankensystems an die Privatwirtschaft lagen im März bei durchschnittlich \$ 65,39 Mrd., um 4% oder \$ 511 Mio. unter dem Vormonat. Der Bankkredit ist somit seit 19 Monaten praktisch unverändert geblieben.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat den regionales Delegationen in Córdoba den Befehl erteilt, die Prozesse gegen die Firmen Aceitera Deheza und Bunge Ceval abbrechen, durch die sie die Zahlung der Brennstoffsteuer auf das Lösungsmittel (eine Benzinart) forderten, das die Unternehmen für die Trennung des im Samen enthaltenen Öls verwenden. Es ist positiv, dass die AFIP-Leitung hier eingegriffen hat, um kostspielige Prozesse zu vermeiden, die sie voraussichtlich verloren hätte.

Die Wirtschaftsführung hat Schatzscheine für insgesamt US\$ 600 Mio. untergebracht, auf 91 Tage zu einem Schnitzzatz von 7,02%, das sind auf Jahresbasis 7,15% und für 182 Tage zu einem Schnitzzatz von 8,1%, auf Jahresbasis 8,45%. Am 14. März wurden auf 91 Tage 6,7% bezahlt und auf 182 Tage 7,8%. Auf die Liborsätze beträgt die Zunahme 0,23 bzw. 0,20 Punkte. Das Angebot war weiter sehr flüssig und betrug mit US\$ 886,8 Mio. das 3,5-fache auf 91 Tage und mit US\$ 940,2 Mio. das 2,7-fache auf 182 Tage. Für den 28.4. ist eine zusätzliche Ausschreibung von US\$ 250 Mio. auf 91 Tage vorgesehen, um das Finanzpolster, das den Bedarf bis Ende Juli deckt, zu erhöhen.

G. Rozenwurcel, Staatssekretär für kleine und mittlere Unternehmen (Pymes), erklärte, die Gesetzesvorlage für die Rechnungen mit einem Duplikat, mit denen der Zugang zu Bankkrediten für Pymes erleichtert werden soll, sei praktisch abgefasst. Die Zentrale für zurückgewiesene und unbezahlte Rechnungen würde in der ZB eingerichtet werden. Noch werde erwogen, ob ein Mindestbetrag für diese neuen Rechnungen zweckmässig wäre. Einige Unternehmen nennen dafür \$ 10.000, doch bestünde die Gefahr, dass dann mehrere Teilrechnungen ausgestellt werden. Viele Pymes seien gegen die Regelung, die eine grössere als die gewohnte Finanzdisziplin voraussetzt, doch würden sie bei Vorlage dieser Rechnungen bessere Kreditbedingungen erhalten.

Das US-Landwirtschaftsministerium schätzt die argentinische So-

jaerte auf 21 Mio. t., aufgrund der günstigen Entwicklung der Aussaat um 1 Mio. t mehr als im letzten Bericht. Der US-Stock von Sojabohnen ist gegenüber März um 6,21% zurückgegangen.

Die Banco Nación bezeichnete ihren Umschuldungsplan als sehr erfolgreich. Bisher wurde Schuldnerfirmen für US\$ 550 Mio., von einem Gesamtbetrag um die US\$ 1,2 Mrd., mit der Mithilfe mehrerer Provinzen, der Zugang zu Krediten wieder möglich gemacht. Für den Kauf von Kapitalgütern gewähre die Bank Kredite zu 7% im Jahr, wobei die Provinzen eine zusätzliche Unterstützung gewähren.

Der Oberste Gerichtshof hat verfügt, dass 68 Beamte der Arbeitsgerichte an die Handelsgerichte übertragen werden, die stark überlastet sind. Hingegen ist die Belastung der Arbeitsgerichte seit der Einführung des Schlichtungsverfahrens und des Gesetzes über Arbeitsrisiken (das u.a. genau bestimmt, welche Krankheiten als Arbeitskrankheiten eingestuft werden, und die Verantwortung des Arbeitgebers einschränkt) stark gesunken. Dieser ist einer der wenigen Fälle, in denen ein Problem vernünftig und ohne zusätzliche Staatsausgaben gelöst wird.

Die 5%ige Mautverringerung, die die Regierung den Lkw-Unternehmern zugesagt hat um den Streik zu beenden, wird \$ 8 bis 9 Mio. an zusätzlichen Subventionen für die Strassenbetreiber kosten. Für die im Vorjahr verfügten Mautverringerungen von 20% bis 33% für Lkw und Busse, werden bereits knapp \$ 40 Mio. aus Steuergeldern bezahlt. Die Termine für die neue Mautverringerung wurden noch nicht bekanntgegeben.

Die Provinzen Chaco und Neuquén haben sich dem Sanierungsplan der Regierung angeschlossen. Sie erhalten \$ 359 Mio. für Umschuldungen und müssen ihre Ausgaben bei monatlicher Kontrolle der Wirtschaftsführung um \$ 250 Mio. verringern. Damit sind 9 Provinzen, die anderen sind Río Negro, Tucumán, Catamarca, Feuerland, Formosa, Jujuy und Chubut, dem Plan für insgesamt \$ 1,43 Mrd. beigetreten. \$ 1,16 Mrd. kommen vom Treuhandfonds und \$ 276 Mio. aus Krediten der Banco de la Nación. Die Provinzen müssen in diesem Jahr \$ 658,3 Mio. einsparen. Ihr Defizit hatte 1999 \$ 1,07 Mrd. betragen.

Staatssekretär für Wirtschaftsprogrammierung und -koordination, M. Bein, erklärte, um die Fiskalprobleme Argentiniens zu lösen, müssten verschiedene Ämter, wie das Zollamt, neu gegründet werden. Es sei ein untätiges Sieb, das seine Aufgabe nicht erfüllt und die heimische Wirtschaft nicht schützt.

BAT (British American Tobacco), die 70% der Zigarettenfabrik

Nobleza Piccardo hält, bietet für die restlichen, an der Börse verstreuten 30%, eine Prämie von 42,5% auf die Dienstagnotierung. Das Angebot von \$ 2,85 pro Aktie wird durch 30 Tage aufrecht erhalten.

Die von der niederländischen Ahold und der argentinischen Velox kontrollierte Supermarktkette Disco will die neu erworbenen Supermärkte in San Juan (J. Gonzáles e Hijos) und La Plata (Alimentar y Danjor) in die Kette eingliedern. Damit sollen Verwaltungs- und andere Spesen verringert werden.

Das Energiesekretariat hat festgestellt, dass bei 15 Tankstellen in Buenos Aires Stadt Benzin verkauft wurde, das für Patagonien steuerfrei ist. Die Feststellung bestätigt erneut die Nebenerscheinungen regionaler Begünstigungen.

Der Rat der Argentinischen Baukammer (CAC) fordert von der Regierung die unmittelbare Durchführung eines Notstandplanes mit einer Mindestanzahl öffentlicher Bauvorhaben um die Branche zu beleben. Bei ihrer Konvention in Santa Rosa erklärten sie, das Baugewerbe erleide eine seiner ärgsten Krisenmomente. Öffentliche Investitionen werden verzögert und Mittel für den Wohnungs- und Strassenbau gekürzt.

ETOSS, die Überwachungsbehörde der Wasserwirtschaft, hat für den 23.5. eine öffentliche Audienz über das Programm für die nächsten 5 Jahre einberufen, für das die

Konzessionärin Aguas Argentinas Investitionen für \$ 1,06 Mrd. und Tarifanpassungen von 8% bis 9% vorgeschlagen hat. Aguas Argentinas will in bis Ende 2005 800.000 zusätzliche Abnehmer mit Leitungswasser versorgen und 970.000 zusätzliche Kloakenanschlüsse fertigstellen. \$ 450 Mio. sollen in die Erweiterung der Ver- und Entsorgungsnetze investiert werden, \$ 140 Mio. in den Betrieb der Anlagen, weitere rd. \$ 140 Mio. in die Sanierung der Küstengebiete und \$ 330 Mio. in die Instandhaltung bzw. Erneuerung bestehender Rohrleitungen.

L. Massad, ehemaliger Berater des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP), erklärte, die Budgetkürzungen, die das Amt erlitt, hätten es funktionsunfähig gemacht. Die Zuwendungen, \$ 1,2 Mrd., wurden vorerst auf \$ 1,1 Mrd. verringert, und in diesem Jahr auf \$ 933 Mio., von denen \$ 860 Mio. für Gehälter bestimmt sind. Das AFIP schulde der Post, Telefon, Strom und die Mieten vieler Agenturen im Ladesinneren.

Von Dezember bis März fielen Hypothekenzinsen um 5% und die Spesen für Kredite in Pesos um mehr als 2%, wie das Staatssekretariat für den Konkurrenzschutz bekanntgab. Die grössten Abschläge wurden bei Dollarkrediten zu festen Sätzen auf 10 Jahre festgestellt, doch werden variable Sätze weiter bevorzugt. Die Kreditmenge blieb 1999 bei Hypothekenkrediten praktisch unverändert, so wie landesweit die Kreditmenge in allen anderen Bereichen. Per Ende Dezember betrug sie rd. US\$ 7 Mrd., um 2% mehr als vor 1 Jahr.

Die 47 Massnahmen zur Belebung der Ausfuhren

Acht Ämter werden von der CICI (Comisión Interministerial de Comercio Internacional) koordiniert, die dem Präsidenten unterstellt ist, um folgende Massnahmen umzusetzen:

- Erhöhung der Rückerstattungen für Ausfuhren nach ausserhalb des Mercosur.
- Beschleunigung der Auszahlung der Rückerstattungen.
- Verringerung der Zölle auf Kapitalgüter, die im Mercosur nicht hergestellt werden.
- Spesenverringerungen für kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes), die für bis zu US\$ 10.000 pro Geschäft exportieren.
- Rückerstattung der MwSt. bei Ausfuhren der Pymes innerhalb von 30 Arbeitstagen.
- Staatliche Beteiligung bei der Finanzierung für Exportkonsortien von Pymes.
- Die Banco de la Nación verlängert die Fristen ihrer Exportkredite von 4 auf 5 Jahre, zu 7% bis 11,5% Jahreszinsen. Die Finanzierung kann bis zu 100% betragen.
- Kredite der BICE (Banco de Inversiones y Comercio Exterior). Differenzierte Zinssätze für exportorientierte Investitionen.
- Die BICE wird Auslandskäufer finanzieren, die argentinische Waren erwerben.
- Förderung der Zusammenarbeit von Pymes im Mercosur, um nach dritten Märkten zu exportieren.
- Festsetzung von Referenzpreisen für Einfuhren, um die heimische Fertigung zu erhalten.
- Beschleunigte Behandlung von Anzeigen über Dumping, Subventionen, Handelsschranken und unlautere Geschäftsgebarungen.
- Zollabfertigungen am Firmensitz, um Aus- und Einfuhrspesen der Grossunternehmen zu senken.
- Strukturmassnahmen für landwirtschaftliche Pymes, um ihre Ausfuhren zu steigern.
- Verschiebung der Fälligkeit der MwSt., bis neue Unternehmen funktionstüchtig sind.
- Beschaffung und Verarbeitung internationaler Geschäfts- und Handelsinformationen.
- Erneuter Einsatz der Export-Ar Stiftung, mit Beteiligung des Staates und der Privatwirtschaft.
- Verhandlungen zur Erschliessung neuer Märkte und der Erweiterung bestehender.
- Förderung von Schulungen und Messebeteiligungen der Pymes.
- Qualitäts und Sanitätszertifikate für Nahrungsmittelausfuhren.
- Inbetriebsetzung der CICI als Koordinator der Ausfuhr-Fördermassnahmen.

Argentinischer Aussenhandel						
	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
Total '98	26.441	(26.430)	31.404	(30.450)	-4.968	(-4.020)
1999						
Januar	1.549	(1.767)	1.906	(2.558)	-357	(-791)
Februar	1.529	(1.883)	1.885	(2.283)	-326	(-400)
März	1.992	(2.240)	2.078	(2.694)	-86	(-454)
April	2.031	(2.490)	1.874	(2.756)	157	(-276)
Mai	2.231	(2.572)	1.931	(2.626)	300	(-54)
Juni	2.134	(2.625)	2.214	(2.823)	-80	(-198)
Juli	1.938	(2.362)	2.280	(3.027)	-342	(-665)
August	2.084	(2.367)	2.333	(2.741)	-249	(-374)
September	1.882	(2.298)	2.237	(2.661)	-355	(-363)
Oktober	1.918	(2.015)	2.220	(2.591)	-302	(-576)
November	1.964	(1.892)	2.297	(2.457)	-313	(-565)
Dezember	2.036	(1.931)	2.314	(2.178)	-278	(-274)
Total '99	23.308	(26.441)	25.539	(31.404)	-2.230	(-4.968)
2000						
Januar	1.754	(1.549)	1.813	(1.906)	-59	(-357)
Februar	1.746	(1.529)	1.911	(1.855)	-165	(-326)
2 Mon.'00	3.500	(3.078)	3.724	(3.761)	-224	-683

Quelle: Indec, vorläufige Angaben in Mio. US\$. 0= Vorjahr